



LEITARTIKEL

Was ist zeitgerecht?

Anforderungen für eine noch bessere Polizei in den nächsten Jahren!

Die vergangenen Wochen waren in der Polizei geprägt von der Sorge um krankheitsbedingte Personalnotstände, Protestaktionen von teilweise gewaltbereiten Gruppierungen, die sich schnell radikalisierten und der allgemeinen Sorge um die Gesundheit. Aber auch, wenn uns die Corona-Pandemie seit fast zwei Jahren beschäftigt, wird sie irgendwann beendet sein. Situationen, in denen die Polizei besonders gefordert ist, wird es allerdings auch in Zukunft immer wieder geben. Eine funktionierende, gut aufgestellte und engagierte Polizei ist sowohl in Krisenzeiten als auch im Alltag die wichtigste Garantie für die innere Sicherheit sowie ein Anker für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Aus diesem Grund sind langfristige und nachhaltige politische Entscheidungen, die die Polizei betreffen, für die gesamte Gesellschaft existentiell.

Auch wenn die Landtagswahlen in Niedersachsen am 9. Oktober 2022 in Anbetracht der aktuellen, sich ständig verändernden Tagespolitik noch weit entfernt erscheinen: Sie werfen ihre Schatten voraus und es ist notwendig, dass wir jetzt deutlich machen, wie und warum die Politik die Polizei und ihre Beschäftigten in Niedersachsen zwingend besser unterstützen muss. Die Themen, die wir dabei auf den Tisch bringen und die wir schon im Januar an die Parteien übermittelt haben, sind sicherlich nicht neu. Das Werben für Perspektiven für Tarif und Verwaltung, höhere Zulagen – insbesondere Polizeizulage und DUZ-, Sonderzahlungen auch für Ruheständler/-innen, Investitionen in Ausstattung, Ausrüstung, Liegenschaften, klare gesetzliche Regelungen für polizeiliche Arbeit und vieles mehr – sind gewissermaßen gewerkschaftliche Dauerbrenner. Aber gerade die jüngsten Entscheidungen haben erneut gezeigt, wie wichtig es

ist, dass wir kontinuierlich am Ball bleiben und immer wieder unsere Positionen und die Bedarfe der Beschäftigten vorbringen. Das gefällt sicherlich nicht allen in der Politik, so manche/-r ist wohl auch genervt davon. Entscheidend ist aber, dass wir weiterhin zeigen, dass wir da sind und auch öffentlich bekannt machen, wo der Schuh drückt.

Zuletzt hat sich im Dezember gezeigt, dass unser Druck zum Erfolg führt. So geht die Übertragung der Ergebnisse der Tarifverhandlungen auf den Beamtenbereich, wie auch die steuerfreie Sonderzahlung von 1300 Euro zum 1. März 2022, nahezu ausschließlich auf das beharrliche gewerkschaftliche Engagement zurück. Diesbezüglich bleibt auch unsere Forderung bestehen, den Versorgungsempfängern/-innen neben der prozentualen Erhöhung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge in Höhe von 2,8 % zum 1. Dezember 2022 ebenso für den Zeitraum bis dahin einen Ausgleich für die hohe Inflation zu zahlen. Auch an anderer Stelle hat sich unser Engagement ausgezahlt: Mit dem Haushalt für die Jahre 2022/2023 und offensichtlich auch darüber hinaus, haben die Fraktionen von SPD und CDU sichergestellt, dass der Wegfall von mehreren hundert Stellen nun doch verhindert wird und es zu weiteren Einstellungen kommt. Diesen Kurs gilt es fortzusetzen und die Personalstärke auch zukünftig in Vollzug, Verwaltung und Tarif auszubauen. Zur Personalpolitik muss auch gehören, dass das Freisetzungsprogramm langfristig weitergeführt wird, sodass administrative Aufgaben von fachkundigen Angestellten und Verwaltungsbeamten/-innen bearbeitet werden. Wichtig für alle Beschäftigten sind vor allem gerechte Entgelte bzw. eine angemessene Besoldung und Sicherheit für die Zu-



Foto: GdP

kunft. Nur so ist es zu verhindern, dass sich immer mehr Personal anderen Arbeitgebern zuwendet. Auch setzt sich die GdP dafür ein, dass prekäre Arbeitsverhältnisse in Dritt-Firmen, insbesondere im Reinigungsbereich, beendet werden, indem diese Beschäftigten wieder fest bei der Polizei angestellt werden.

Damit in der kommenden Legislaturperiode dafür gesorgt wird, dass das Arbeiten bei der Polizei an Attraktivität zunimmt und qualifizierter und motivierter Nachwuchs gewonnen wird, haben wir diese Themen schon in Gesprächen mit Vertreterinnen und Vertretern aller demokratischer Parteien thematisiert, damit sie Eingang in ihre Wahlprogramme finden, bei der Wahl auf der Agenda stehen und anschließend natürlich auch umgesetzt werden. Und auch die Öffentlichkeit werden wir weiter über die Notwendigkeit von sächlichen und personellen Verbesserungen bei der Polizei informieren.

So tragen wir weiter mit dazu bei, dass die innere Sicherheit auf hohem Niveau fortbestehen wird, wir als Gesellschaft auch für kommende Krisen bestens gerüstet sind und die Menschen, die dafür verantwortlich sind, die Wertschätzung erfahren, die sie verdienen.

Das ist zeitgerecht!



3 FRAGEN AN...

... den SPD-Bundesvorsitzenden Lars Klingbeil

Lars Klingbeil ist seit dem 11. Dezember 2021 einer der beiden Bundesvorsitzenden der SPD. Da der Niedersachse bei polizeilichen Themen auch immer wieder Kontakt zur GdP Niedersachsen hat, haben wir ihm ein paar Fragen gestellt.

DP: Herr Klingbeil, Ihnen wird ein Faible für Bundeswehr und auch für die Polizei nachgesagt. Woher kommt dieses Interesse?

Lars Klingbeil: Mein Vater war Berufssoldat, meine Schwester ist Polizistin, wir haben also von Haus aus da sehr enge Berührungspunkte. Ich habe großen Respekt vor diesen Berufen und bin allen Polizistinnen und Polizisten, Soldatinnen und Soldaten sehr dankbar, dass sie sich zum Teil unter Einsatz ihres Lebens für unsere Sicherheit einsetzen.

Als Jugendlicher war ich der Bundeswehr gegenüber doch oftmals kritisch eingestellt, ich komme ja aus Munster, dem größten Heeresstandort Deutschlands. Als ich 9/11 in New York gelebt habe und die Anschläge dort hautnah verfolgen musste, habe ich danach allerdings meine Einstellung zu sicherheitspolitischen Themen insgesamt geändert. Ich fand es damals zum Beispiel richtig, dass wir an der Seite der USA nach Afghanistan gegangen sind.

Als Abgeordneter im deutschen Bundestag setze ich mich im Verteidigungsausschuss für das Wohl der Soldatinnen und Soldaten ein. In meinem Wahlkreis bin ich regelmäßig auch im Austausch mit den Dienststellen der Polizei. Wir können dankbar sein, dass wir so gute Sicherheitsbehörden haben. Auf dem Dank sollten wir uns allerdings nicht ausruhen. Es

ist die Aufgabe von Politik, dafür zu sorgen, dass Polizistinnen und Polizisten gut ausgestattet sind, damit sie ihren Job machen und Recht und Gesetz durchsetzen können.

DP: Seit Monaten müssen unsere Kollegen/-innen Corona-Kontrollen durchführen und werden dabei auch im Dienst infiziert sowie verbal und physisch angegangen. Wie stehen Sie zu unserer Forderung, die Anerkennung eines Dienstunfalles bei Corona-Erkrankungen im Dienst leichter zu gewähren? Können Sie im Sinne der Kollegen/-innen, die bei ihrer Arbeit für die Sicherheit täglich ihre Gesundheit aufs Spiel setzen, nicht eine schnelle überparteiliche Entscheidung herbeiführen?

Lars Klingbeil: Ich kann diese Forderung natürlich verstehen und nachvollziehen. Tatsächlich ist es aber nach der derzeitigen Rechtslage sehr schwer, dass die Corona-Erkrankung von Polizeibeamtinnen und -beamten als Dienstunfall anerkannt wird. Wir haben uns bereits in der letzten Wahlperiode wiederholt an den damaligen Bundesinnenminister Seehofer gewandt mit der Bitte, Regelungen zu treffen, die diese Situation zugunsten der Polizistinnen und Polizisten verbessern. Wir wollen das auch in dieser Wahlperiode weiterverfolgen und uns dazu mit der neuen Bundesregierung



Foto: Tobias Koch

Lars Klingbeil ist SPD-Abgeordneter für den Wahlkreis Rotenburg I – Heidekreis und seit dem 11. Dezember einer der beiden Bundesvorsitzenden der Partei.

und den anderen demokratischen Fraktionen abstimmen. Wir haben mit Nancy Faeser ja jetzt eine Sozialdemokratin im Innenministerium, da bin ich zuversichtlich, dass wir eine gute Lösung für alle Beteiligten finden werden. Und auch in Niedersachsen ist mit Boris Pistorius ein sehr guter Minister zuständig. Es geht darum, denjenigen, die für unsere Gesellschaft Corona-Maßnahmen durchsetzen, die auch bei Demonstrationen von Corona-Leugnern klare Kante zeigen und durchgreifen, zu schützen. Das ist unser gemeinsames Ziel.

DP: Die neue Ampelkoalition will die Droge Cannabis für den privaten Gebrauch für Erwachsene freigeben. Die GdP hält dies weiterhin für falsch. Wird es vor der Legalisierung eine intensive ideologiefreie Beteiligung von Ärzten, Betroffenen, Eltern und Fachleuten von der Polizei geben?

ZEIT GERECHT

GdP-Landesdelegiertentag

vom 17. bis 19. Mai 2022



Lars Klingbeil: Wann immer der Bundestag einen Gesetzentwurf oder einen Antrag berät, holen sich vorab die Fraktionen und auch die Bundestagsausschüsse selbstverständlich externen Sachverstand ein, führen Anhörungen durch und diskutieren die angedachten Vorschläge sehr breit und öffentlich. Das wird bei der ge-

planten Freigabe von Cannabis auch so laufen, da können Sie sicher sein. Dazu gehört für mich auch, die kritische Betrachtung der GdP einzubeziehen.

DP: Herr Klingbeil, vielen Dank für dieses Interview und immer eine glückliche Hand.



LANDESDELEGIERTENTAG 2022

Anträge stellen, Anträge beraten – Zukunft gestalten!

Wenn sich „Abgesandte“ aus allen Teilen des Landes in der Hauptstadt (bzw. auch in Hybrid) treffen, dann kann das in einem Delegiertentagjahr nur eines bedeuten: ABK – Antragsberatungskommission! – ABK, was?

Auf dem diesjährigen Landesdelegiertentag im Mai werden an die 200 Anträge behandelt und Beschlusslagen geschaffen, die die gewerkschaftspolitische Ausrichtung der GdP Niedersachsen für die nächsten vier Jahre mitbestimmen. Wie unsere Satzung es vorgibt, kommen die Anträge aus unseren Kreis- und Bezirksgruppen, aus den Personengruppenvorständen, den Fachausschüssen sowie aus dem Landesvorstand. Damit man gut vorbereitet in den Austausch mit den Delegierten treten kann, gibt es eine sogenannte Antragsberatungskommission. Diese setzt sich aus jeweils einer Vertreterin bzw. einem Vertreter der antragsberechtigten Gruppierungen sowie Mitgliedern des geschäftsführenden Landesvorstandes und den Gewerkschaftssekretären zusammen.

Mitte Januar kam die ABK ihren Aufgaben nach, sortierte die eingegangenen Antragslagen und ordnete sie thematischen Blöcken wie z.B. „Tarif“ oder „Dienstlich-Soziales“ zu. Nach intensiven Diskussionen sprach die ABK Empfehlungen für die De-

legierten aus, ob ein Antrag angenommen, abgelehnt oder ggf. weiterentwickelt werden müsste.

„Die große Bandbreite der Anträge zeigt auch die Vielfalt unseres gewerkschaftli-

chen Handelns,“ so Sascha Göritz als Vorsitzender der ABK, „berufliche, gesellschaftliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Interessen aller Beschäftigten und ehemaligen Beschäftigten zu vertreten, so beschreibt unsere Satzung die Aufgabe und Ziele unserer GdP. Durch die zu behandelnden Anträge wird das konkret diskutiert.“

Konkrete Beispiele gefällig? – Erschweriszulagen z.B. für Mitarbeitende der Tatortgruppen, Erhöhung und Dynamisierung der Polizeizulage, Wahlmöglichkeiten bei Tarifiergebnissen, Satzungsänderungen zu möglichen Doppelspitzen auf Kreis- und Bezirksebene oder Ausbau digitaler GdP-Strukturen. Alles Anträge, die auf dem kommenden Delegiertentag verhandelt werden. ■



Die Antragsberatungskommission fand am 12. Januar in hybrider Form statt.



WAS WURDE AUS ...

Dauerthema Sanierungsstau

Regelmäßig berichten wir an dieser Stelle über den Sanierungsstau von Liegenschaften der Polizei Niedersachsen. 2019 präsentierten wir das Thema im Rahmen der Landespressekonferenz und anschließend immer wieder bei gewerkschaftlichen Aktionen. Wo hat sich in den vergangenen Jahren etwas getan, wo geht es noch nicht so recht voran? Ein Überblick.

Philipp Mantke

Eines vorweg: Jede Liegenschaft unter die Lupe zu nehmen, würde den Rahmen dieser Ausgabe bei Weitem sprengen. Wir haben uns daher im Land umgehört und stellen euch exemplarisch einige Sachstände vor.

Winsen (Luhe)

Von einer „Desaströsen Lage der Polizeiliegenschaften in Winsen“ sprach in einer gemeinsamen Pressemitteilung im November die GdP-Kreisgruppe Harburg zusammen mit ihrem Pendant der DPoIG.

Ein Wasserschaden sowie gesundheitsgefährdende Schimmelbildung in einem

Gebäude der Liegenschaft zwangen zu einer Schließung der Küche des ESD. Dieser stand nun ohne eine Möglichkeit einer angemessenen Essens- und Getränkeaufnahme da. Bereits 2018 und 2020 hatten Wassereinträge im Gebäude für dauerhafte Sperrungen von Räumlichkeiten gesorgt. Im jährlichen Baubedarfsnachweis ist für die insgesamt vier Gebäude der Liegenschaft ein Handlungsbedarf von über einer Million Euro dokumentiert.

„Die gewerkschaftliche Intervention hat einiges aufgewirbelt! Die örtliche Presse hat berichtet und am 9. Dezember 2021 fand ein Ortstermin mit dem Landtagsabgeordneten André Bock (CDU), dem Staatlichen Baumanagement und der Polizeiführung von PD und PI statt. Damit haben wir den Stein schon einmal ins Rollen gebracht. Bis es ‚geschafft‘ ist, wird es aber noch dauern!“, be-

richtet Hans-Ulrich Koch, Vorsitzender der zuständigen GdP-Kreisgruppe Harburg.

Tatsächlich sind mittlerweile umfangreiche Maßnahmen angelaufen. Mit bereits länger eingeplanten Mitteln aus einem Sondertitel für energetische Sanierungsmaßnahmen werden derzeit sämtliche Fenster ausgetauscht, auch die Dachentwässerung soll verbessert werden. Während der Umbauarbeiten wird der Einsatz- und Streifen dienst in Container umziehen. Auch die Küche soll schnellstmöglich wieder nutzbar sein. Hier wird mit einem Abschluss bis zur Hälfte des ersten Quartals 2022 gerechnet.

Landeskriminalamt (LKA)

Der seit mehr als 20 Jahren „geplante Neubau“ des LKA ist ein Streitthema, welches bereits



Foto: Privat

Der Wassereintrich in der Küche sorgte für starke Geruchsemissionen. In der Vergangenheit mussten Beschäftigte immer wieder Einschränkungen hinnehmen.



Foto: Privat

Bereits seit längerem wird das ESD-Gebäude von einem Baugerüst „geschmückt“. Davon: Hans-Ulrich Koch und Uwe Hesebeck.



Foto: Philipp Manke

Sanierungsfall: Rund 20 Millionen Euro werden in das LKA-Gebäude in der Schützenstraße in Hannover investiert.

seit langem die Gespräche – nicht nur in den Fluren der Behörde – auf- und anregt. Aktuelle Sanierungsmaßnahmen der Liegenschaft „Schützenstraße“ sollen die Arbeitsfähigkeit des Kriminaltechnischen Instituts (KTI) bis zur Realisierung der „Ein-Standort-Lösung“ am Waterlooplatz in Hannover erhalten.

Andreas Nünemann aus dem Bezirkspersonalrat des LKA fasst die Situation zusammen: „Es werden momentan rund 30 Millionen Euro in die Sanierung der Schützenstraße gesteckt. Wir gehen daher davon aus, dass das Gebäude auch weiterhin Polizeiliegenschaft bleiben wird, da allein die Modernisierung der Labore dringend erforderlich ist, bis das KTI am Waterlooplatz fertiggestellt ist.“ Im Hauptgebäude stünde weiterhin nicht ausreichend Platz zur Verfügung, „aber immerhin geht es vorwärts“, zieht Nünemann Bilanz.

Erfreulich ist, dass im Dezember 2021 die Übergabe eines sanierten Sanitärbereichs in der Schützenstraße erfolgte. „Hier stand bislang nur eine Dusche für die Mitarbeitenden, also Delaborierer, Brandursachenkommission und Sporttreibende zur Verfügung, daher können wir hier von einer echten Verbesserung der Situation sprechen“, berichtet Andreas Nünemann. Die Freude über derartige Selbstverständlichkeiten, wie funktionierende Toiletten und Duschen, lässt erkennen, in welchem Zustand das Gebäude seit Jahrzehnten gewesen ist.

Zentrale Polizeidirektion Niedersachsen (ZPD)

Mit der Anmietung von zwei neuen Liegenschaften kommt reichlich Bewegung in die ZPD. Am 1. Oktober 2021 fand die Schlüsselübergabe für ein Mietobjekt am Großen Kolonnenweg in Hannover statt. In dem ehemaligen Fernsehstudio finden mittlerweile das Poli-

zeiorchester wie auch PolizeiTV ausreichend Platz für die besonderen Anforderungen. Über den Umzug können sich auch die Kolleginnen und Kollegen der PD Hannover freuen. So berichtet ZPD-Vizepräsident Uwe Lange, dass die zuvor vom Orchester genutzten Räumlichkeiten am Welfenplatz nach umfassender Sanierung und Modernisierung von der Polizeiinspektion Hannover weitergenutzt werden. „Die vor kurzem geschaffene Dienststelle in der Nachbarschaft hat ebenfalls großen Raumbedarf“, erklärt Lange.

Mietobjekt zwei befindet sich in der Ahrensburger Straße im hannoverschen Stadtteil Lahe. Voraussichtlich im Juni 2022 werden hier rund 300 Mitarbeitende der Behörde ihre Büros beziehen. Uwe Lange ergänzt: „Über eine Vielzahl zeitgemäß ausgestatteter Büroräume hinaus entsteht an der Ahrensburger Straße unter unserer Verantwortung auch ein

multifunktionales Veranstaltungszentrum für die Polizei Niedersachsen, das es in der Form bislang noch nicht gegeben hat. Auf einer Fläche von mehreren hundert Quadratmetern sind dort künftig eine große Bandbreite von unterschiedlichen Formaten möglich – sowohl klassisch mit bis zu 200 Personen vor Ort bis hin zu hybriden Angeboten.“

Die freiwerdenden Gebäude in der Liegenschaft Tannenbergallee sollen zunächst Raum für zwingend notwendige Sanierungs- und Herrichtungsmaßnahmen schaffen. Perspektivisch sei dann die Unterbringung des SEK Niedersachsen in der Tannenbergallee geplant, so Lange weiter.

Auffällig ist im Rahmen der Anmietungen die offene Kommunikation sowie die starke Beteiligung und Einbindung der betroffenen Mitarbeitenden. Im Rahmen mehrerer Arbeitsgruppen wurden und werden die Anmietungen wie auch die Nachnutzung geplant, parallel dazu findet eine regelmäßige Information über das Polizeiliche Soziale Netzwerk „Null|15“ statt. Uwe Lange erklärt die Strategie dahinter: „Nicht überall stößt unser Engagement immer und überall auf ungeteilte Gegenliebe! Wir würden uns auch wundern, wenn es nicht so wäre. Berechtigter Skepsis und geäußerten Zweifeln wollen wir bewusst begegnen – mit größtmöglicher Transparenz und soweit möglich gerne auch persönlich. Zumindest haben wir ein gutes Gefühl, dass uns das bislang auch weitestgehend gelingt.“ ■



Foto: ZPD/NI

Bald dienstliche Heimat für rund 300 Beschäftigte und ein multifunktionales Veranstaltungszentrum: Die angemietete Liegenschaft in der Ahrensburger Straße in Hannover.



„ Das Bekleidungsbudget dient vornehmlich dem Nachersatz verschlissener Kleidung.

AUS DEN KREIS- UND BEZIRKSGRUPPEN

Besuch beim Logistikzentrum Niedersachsen (LZN)

Lange Lieferzeiten zum Beispiel bei Außentragehüllen, teilweise Qualitätsmängel bei Sportbekleidung und in Anbetracht des knappen Bekleidungsbudgets viel zu hohe Preise – diese Kritik hört man immer wieder, wenn es um das LZN geht.

Auch bei einer GdP-Veranstaltung in der Burgruine Sichelstein im August 2021, bei dem sich diverse Vertreter aus Landes- und Bundespolitik den Fragen der GdP-Mitglieder stellten, wurde diese Problematik diskutiert. Um den Beschwerden auf den Grund zu gehen, organisierte GdP-Mitglied und Landtagsabgeordneter Gerd Hujahn (SPD) einen Besuch des Zentrums in Hann. Münden. Für die GdP nahmen von der Kreisgruppe Göttingen Steffen Elbeshausen und Gerd Hartung (zugleich Vorsitzender des FA Schupo) teil.

Vor Ort konnten sie die Probleme direkt mit LZN-Geschäftsführer Frank Hintze und der Abteilungsleiterin für Dienst- und Schutzkleidung, Frau Ariane David, besprechen. Über drei Stunden dauerte der Austausch, in dessen Rahmen sich die Besucher bei einer Betriebsbesichtigung auch ein persönliches Bild machen konnten.

Das eindrucksvolle Lager ist Umschlagplatz für diverse Ausrüstungen. Für alle Artikel gilt ein Lagerbestand von 90 Tagen – spätestens dann muss er umgeschlagen worden sein. Zu Spitzenzeiten werden aus dem Lager in Hann. Münden 2.000 Pakete am Tag an die Kunden/-innen versendet.

Die Dienste der Logistik-Fachleute sind also gefragt. Die hohe Auslastung ist aber nicht in erster Linie der Grund für die teils langen Lieferzeiten. Nach Auskunft von Herrn Hintze und Frau David liegt das vor allem daran, dass die Produktion der Gegenstände zu 90 % im asiatischen Raum erfolgt. Man finde weder in Deutschland noch im restlichen Europa Bekleidungsfabriken, die den Ansprüchen gerecht werden. Beim Rundgang durch die Lagerbestände sind dementsprechend auf den Kartons vor allem Vietnam, Taiwan oder China als Produktionsstätten zu lesen.

Wenn das LZN ein Produkt zur Fertigung bestellt, wird eine entsprechend große Menge in Auftrag gegeben. Wenn der Vorrat dann zur Neige geht und kleinere Mengen nachbestellt werden müssen, kommt es immer wieder vor, dass andere Großaufträge gegenüber dem kleineren Auftrag des LZN vorgezogen werden. Das macht es schwierig, die Nachbestellungen abzuwickeln.

Laut Aussage der Experten kommen Lieferengpässe insbesondere in den Monaten Januar bis März zustande, wenn zu Beginn des Jahres viele Kolleginnen und Kollegen den neuen Kontostand für den Ersatz der

Dienstbekleidung nutzen. Ein deutliches Zeichen dafür, dass das seit dem Jahr 2006 eingefrorene Bekleidungsbudget nicht ausreicht, um verschlissene Teile zeitnah zu ersetzen.

Im Rahmen der Betriebsbesichtigung zeigte LZN-Geschäftsführer Frank Hintze (mitte) den Besuchern auch das eindrucksvolle Warenlager.

Ein anderes Thema sind die bereits angesprochenen Qualitätsmängel der Sportbekleidung. Diese sind im LZN bekannt und werden angegangen. Es findet sich jedoch kaum ein namhafter Hersteller, der auf die Ausschreibung des LZN reagiert und die gewünschte Qualität liefern kann. Ein möglicher Grund ist die begrenzte Menge der zu liefernden Artikel, die möglicherweise abschreckend wirkt, weil sie nicht lukrativ erscheint. Die Qualität der eingehenden Waren wird vor Ort stichprobenartig überwacht. Werden zum Beispiel 150 Hosen von einem Hersteller an das LZN geliefert, werden 13 davon nach dem Zufallsprinzip ausgewählt und auf Länge, Nähte, Form sowie Farbe geprüft. Erst dann wird die gesamte Lieferung für den Versand freigegeben.

Bei den Lieferschwierigkeiten der Außentragehülle kamen gleich mehrere Probleme zusammen. Zunächst sei von einer Herstellerfirma der Schutzweste nicht das benötigte Schnittmuster zur Verfügung gestellt worden. Fehlerhafte Angaben wurden im Produktionsbetrieb erst nach mehreren Monaten zur Korrektur an das LZN zurückgeschickt. Außerdem mussten bestimmte Stückzahlen gleicher Größen gesammelt werden, um diese dann in einem Verfahren ohne Umstellung der Maschinen zu fertigen. Der pandemiebedingte Ausfall der Produktion in Polen hat die Situation weiter verschlechtert. Immerhin: Die landesweit bestellten Troyer waren im Dezember bereits zu zwei Dritteln ausgeliefert worden und das restliche Drittel soll zum Jahresbeginn 2022 geliefert werden.

Abschließend stellt die GdP-Delegation fest, dass der Besuch zu einem besseren Verständnis der Abläufe im LZN geführt hat. Das ändert aber wenig an der Situation der Kolleginnen und Kollegen. Es bleibt unumgänglich, dass die Politik dafür sorgen muss, dass das Bekleidungsgeld erhöht wird. Die Preise der Bekleidungs- und Ausrüstungsgegenstände sind stark gestiegen und die Gespräche verdeutlichen, dass höhere Budgets vonnöten sind, um ausreichende Qualität und zuverlässige Lieferzeiten sicherzustellen. Gerade für Berufsanfänger/-innen reicht der zur Verfügung stehende Betrag aktuell nicht aus, um Verschleißteile zu ersetzen. ■



Foto: GdP/KG Göttingen

Kennt ihr schon all unsere Kooperationspartner neben unseren Reisebüroangeboten?



**ENERGYBODY
SYSTEMS**



corporatebenefits
Eure Mitgliederangebote



mazda

Schaut gern mal auf unserer Homepage www.gdp-service.de vorbei
oder kontaktiert uns bei Fragen zu Kooperationen oder
Urlaubsplanungen telefonisch oder per Mail!



GdP - Touristik
Berckhusenstr. 133a
30625 Hannover
service@gdp-service.de
0511 530 380



Nachrufe

**Die Gewerkschaft der
Polizei – Landesbezirk
Niedersachsen – trauert
um folgende
verstorbenen Kollegen:**

Cohrs, Herbert, 09.03.1948

Krs.-Gr. Gifhorn

Kopischke, Rüdiger, 30.09.1952

Krs.-Gr. Braunschweig

**Wir werden ihnen ein ehrendes
Andenken bewahren.**



Termin

**Braunkohlwanderung der
KG Wolfenbüttel am 17. Februar 2022**

Die GdP-Kreisgruppe Wolfenbüttel lädt ihre Mitglieder zur gemeinsamen Braunkohlwanderung am 17. Februar 2022 ein. Los geht es um 15:30 Uhr an der Liegenschaft, das Braunkohllesen beginnt um 17 Uhr im Schützenhaus. Interessierte Mitglieder können sich bis zum 31. Januar 2022 beim Vorstand oder im Geschäftszimmer anmelden, der Unkostenbeitrag beträgt 5 Euro. Wichtig: Die Veranstaltung findet vorbehaltlich der geltenden Bestimmungen statt.

Anzeige

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Niedersachsen haben.

Hilf uns, unsere Präventions- und Festschriften für die GdP in Niedersachsen zu bewerben und herauszubringen. Nähere Informationen erhältst du unter www.vdp-polizei.de. Oder ruf uns an unter Telefon 0211 7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Anzeigenverwaltung

Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei

Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 0211 7104-183, Frau Antje Kleuker
antje.kleuker@vdp-polizei.de

www.vdp-polizei.de

Redaktionsschluss

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Redaktion der DP Niedersachsen freut sich auf eure Artikel und Berichte. Solltet ihr einen Beitrag planen, teilt es uns gerne frühzeitig mit. Damit erleichtert ihr uns die Planung. Nicht angekündigte Artikel können nicht immer in der kommenden Ausgabe platziert werden. Zuschriften für die übernächste Ausgabe 4/2022 können bis zum 1. März 2022 per E-Mail an redaktion@gdpniedersachsen.de übersandt werden. Vielen Dank.

Anzeige

**PHK aus Bremen sucht
Tauschpartner aus Niedersachsen.**

Kontakt:
andre.meins@polizei.bremen.de

DP – Deutsche Polizei
Niedersachsen

Geschäftsstelle
Berckhusenstraße 133 a, 30625 Hannover
Telefon (0511) 53037-0
Telefax (0511) 53037-50
www.gdpniedersachsen.de
gdp-niedersachsen@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion
Philipp Mantke (V.i.S.d.P.)
Berckhusenstraße 133 a, 30625 Hannover
Telefon (0511) 53037-0
Telefax (0511) 53037-50
E-Mails an:
redaktion@gdpniedersachsen.de
leserbrief@gdpniedersachsen.de